

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.183.223

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)10114/J-NR/2022

Wien, am 6. Mai 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Christian Hafenecker, MA, Kolleginnen und Kollegen haben am 08. März 2022 unter der Nr. **10114/J-NR/2022** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Auftragsvergaben an die Karmasin Research & Identity GmbH“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *1. Wurden von Ihrem Bundesministerium, diesem nachgeordneten Stellen oder Betriebe mit dessen bestimmender Stellung Aufträge an die Karmasin Research & Identity GmbH zwischen 2013 und 2021 vergeben, gegliedert nach den konkreten Aufträgen und Jahren?*
 - a. *Wenn ja, welche Leistungen wurden jeweils erbracht?*
 - b. *Wenn ja, wurden auch weitere Angebote gelegt und von welchen Anbietern zu welchen Konditionen?*
 - c. *Wenn ja, welche Kosten entstanden dadurch jeweils?*
 - d. *Wenn ja, wer war konkret für die Vergabe zuständig?*
 - e. *Wenn ja, wann und wo wurden diese Studien bzw. Umfragen jeweils veröffentlicht?*
 - f. *Falls diese nicht veröffentlicht wurden, warum nicht?*

- *2. Wurden von Ihrem Bundesministerium, diesem nachgeordneten Stellen oder Betrieben mit dessen bestimmender Stellung seit 2019 Aufträge an die BB Research Affairs GmbH vergeben, gegliedert nach Aufträgen und Jahren?*
 - a. Wenn ja, welche Leistungen wurden jeweils erbracht?*
 - b. Wenn ja, wurden auch weitere Angebote gelegt und von welchen Anbietern zu welchen Konditionen?*
 - c. Wenn ja, auf welche Höhe beliefen sich die Auftragssummen jeweils?*
 - d. Wenn ja, wer war für die Auftragsvergabe zuständig?*
 - e. Wenn ja, wann und wo wurden diese Studien bzw. Umfragen jeweils veröffentlicht?*
 - f. Falls diese nicht veröffentlicht wurden, warum nicht?*

Für den Anfragezeitraum sind nach dem Haushaltsverrechnungssystem des Bundes keine Aufträge an die Karmasin Research & Identity GmbH oder die BB Research Affairs GmbH ersichtlich.

Der Vollständigkeit halber wird mitgeteilt, dass innerhalb des Anfragezeitraums die *Karmasin Motivforschung GmbH* als Auftragnehmer aufscheint. Die *Karmasin Motivforschung GmbH* wurde erstmals im Jahr 2011 beauftragt, eine Grundlagenstudie zum Thema „Die neue Justiz: Stärkung des Vertrauens in die österreichische Justiz“ auszuarbeiten. Bei einer weiteren Beauftragung im März 2013 handelte es sich um eine Folgestudie zu diesem Thema, die zur besseren Vergleichbarkeit im Wege der Direktvergabe wieder bei der *Karmasin Motivforschung GmbH* in Auftrag gegeben wurde. Die Kosten für das Bundesministerium für Justiz beliefen sich auf 33.000 Euro (inkl. USt).

Die Studienergebnisse wurden durch die damalige Bundesministerin für Justiz im Rahmen einer Pressekonferenz am 2. Mai 2013 der Öffentlichkeit vorgestellt. Eine zusammenfassende Präsentation wurde an die Medien weitergegeben und sowohl auf der Justiz-Website als auch im Justiz-Intranet veröffentlicht.

Zur Frage 3:

- *Inwiefern untersucht Ihr Bundesministerium bei der Ausschreibung von Leistungen Absprachen von Anbietern?*
 - a. Existiert zu diesem Zweck eine Kommission?*
 - b. Inwiefern ist Ihr Kabinett eingebunden?*

Alle Aufträge werden gemäß den Vorgaben des Bundesvergabegesetz 2018 ausgeschrieben und vergeben. Sofern bei Durchführung eines Vergabeverfahrens keine konkreten

Anhaltspunkte (Naheverhältnis bestimmter Bieter zueinander, konkretisierte Vorwürfe, verdächtige Angebote udgln.) für das Vorliegen eines wettbewerbswidrigen Verhaltens von Bietern vorliegen oder bekannt werden, wird bei der Durchführung von Vergabeverfahren nicht generell untersucht, ob ein allfälliges wettbewerbswidriges Verhalten von Bietern vorliegt.

Abschließend wird betont, dass im Justizressort auch Maßnahmen zur Optimierung der Vergabe von Dienstleistungsaufträgen unabhängig von den in der Anfrage relevierten Vorgängen umgesetzt werden. So bereitet das BMJ derzeit eine Präsidialverfügung vor, nach der bei der Beauftragung geistiger Dienstleistungen im Unterschwellenbereich (Direktvergaben) verpflichtend Vergleichsanbote einzuholen sind. Diese Neuregelung geht auf Empfehlungen des Rechnungshofs zurück. Zwingend notwendig wäre die Einholung von Vergleichsanboten in diesem Bereich nach dem BVergG an sich nicht.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

